

Auf dem Weg zu mehr Verflechtung

Beauftragter des Kreis für Gesundheitskooperation erwartet mehr Schweizer Patienten / Projektleiter Faller wechselt zu Bundesamt

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL BAAS

LÖRRACH. Mehr Kooperation und eine enger verzahnte klinische Versorgung über die Grenze: Das sind die Ziele eines Pilotprojektes zwischen dem Kreis Lörrach und den Basler Kantonen. Die im Januar angelaufene zweite Phase soll nun den Durchbruch bringen. Dass der Basler Projektkoordinator Andreas Faller ins Schweizer Bundesamt für Gesundheit wechselt, wie gestern bekannt wurde, sei da zwar ein Wermutstropfen, befindet Günter Zisselsberger. Indes rücke damit in der Schweiz ein Befürworter dieser Kooperation in eine Schlüsselposition, so der Kreis-Beauftragte für das Projekt weiter.

Nach der ersten, dreijährigen und zum Teil harzigen Pilotphase (07 bis 09) haben Initiatoren und Akteure der Gesundheitsregion Basel/Lörrach nun bis Ende 2014 Zeit, also weitere fünf Jahre, um dem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Zentrales Ziel dabei ist es, die bisher weitgehend auf Ausnahmefälle oder Spitzenmedizin – Ersteres gilt für die Richtung von Basel/Liestal nach Lörrach, Letzteres für die umgekehrte – beschränkte Durchlässigkeit der Grenze für stationär erbrachte medizinische Leistungen zu verbessern. Die Chancen dafür stehen für Zisselsberger nach den jüngsten Weichenstellungen indes durchaus gut.



**Günter
Zisselsberger**



**Andreas
Faller**

Das macht der frühere Geschäftsführer der AOK vor allem an zwei Entwicklungen fest: Zum einen eröffne der neue Rahmenvertrag, den der Verband der Schweizer Krankenkassen und die deutschen Krankenhäuser und Reha-Kliniken abgeschlossen haben, aus seiner Sicht rund 85 Prozent der Grundversicherten in den Basler Kantonen die Türen einer Klinik im Kreis Lörrach. Ob das praktisch greift, wird sich zeigen. Da zugleich auch der bislang sehr eingeschränkte Katalog möglicher Behandlungen, die sogenannten Behandlungspfade, erweitert und für das ganze Leistungsspektrum einer Klinik geöffnet wurde, sei aber davon auszugehen, dass auch im Akutbereich künftig mehr Schweizer Patienten und Patientinnen den Weg in eine Lörracher oder Rheinfelder Klinik fänden, so Zisselsberger; zumal es in der Schweiz mit der Einführung der

Fallpauschalen wohl noch zu grundlegenden Verschiebungen kommen wird.

Unter anderem diesem Thema wird sich dort künftig der bisherige Projektkoordinator und Leiter der Basler Gesundheitsdienste Andreas Faller widmen. Der 43-jährige Jurist wechselt zur Jahresmitte in die Schweizer Bundesverwaltung und wird als Vizedirektor des Bundesamtes für Gesundheit für die Bereiche Kranken- und Unfallversicherung und damit die Einführung der Fallpauschalen zuständig. Zisselsberger, dessen Mandat der Kreistag bereits im Sommer bis Ende 2011 verlängert hatte, sieht die Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Trauernd, da das Projekt mit Faller einen „Motor vor Ort“ verliere. Deshalb hoffe er, dass der Kanton Basel-Stadt für die dort verortete Projektleitung einer ähnlich engagierte Nachfolge finden werde. Andererseits aber sei der Wechsel des Juristen für das Projekt „ein Segen“. Schließlich rücke mit Faller ein erklärter Befürworter der grenzüberschreitenden Kooperation in eine Schlüsselposition in der Schweiz. Das sei nicht zuletzt auch für die irgendwann zu beantwortende Frage, ob das Pilotprojekt zur Regel werden wird, von Bedeutung.

Politisch jedenfalls genießt dieses einstweilen weiterhin höchste Priorität und zwar sowohl in Basel wie im Land. Das verdeutlichte dieser Tage ein Treffen des Basler Gesundheitsdirektors Carlo Conti mit der Stuttgarter Gesundheitsmi-



nisterin Monika Stolz. Diese bezeichnete die Region um Basel dabei wirtschaftlich und kulturell als Vorbild grenzüberschreitender Zusammenarbeit. „Gerade der Gesundheitsbereich bietet sich für eine noch engere Verflechtung an“, so die Ministerin weiter. Das Pilotprojekt sei damit „das Laboratorium einer Grenzöffnung im Gesundheitswesen“. Dabei strebe das Land an, dass das Recht auf Freizügigkeit auch im Gesundheitswesen uneingeschränkt genutzt werden könne. Dabei solle jedoch keine Einbahnstraße entstehen. „Wir streben an, dass für die Patienten in der Region eine wohnortnahe Versorgung über die Grenzen hinweg zu einer Selbstverständlichkeit wird“, wird Stolz in der Pressemitteilung zitiert.

Geht es nach der Politik, kooperieren die Krankenhäuser der Region künftig noch enger und das vor allem auch über die Grenze.

FOTO: DPA